

USA stellen Bedingungen

Nahost-Resolution: Beratungen werden heute in New York fortgesetzt

JERUSALEM/NEW YORK: Der UNO-Sicherheitsrat will am Montag seine Beratungen über eine Nahost-Resolution fortsetzen. Zuvor hatten die USA erstmals Bedingungen für ihre Zustimmung zu einer Resolution genannt.

US-Botschafter John Negroponte forderte in New York, zuallererst müsse der «Terrorismus ausdrücklich verurteilt» werden. Als weitere Bedingungen für die Zustimmung der USA nannte Negroponte die Verurteilung der palästinensischen Organisationen Hamas, El-Aksa- Brigaden und Islamischer Dschihad.

Peres dementiert

Unterdessen dementierte der israelische Aussenminister Schimon Peres seine Äusserungen über Regierungschef Ariel Scharon und dessen Palästinenser-Politik im «Spiegel». Peres sagte im israelischen Radio, seine Worte seien im «Spiegel» «schlecht übersetzt und verzerrt worden». Der Aussenminister hatte in einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin Zweifel geäussert, dass Scharon ein Partner für den Frieden sein könne.



Am Wochenende kam es bei einem Trauerzug in Hebron zu Zusammenstössen zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern. (Bild: Keystone)

Wiederaufnahme der Gespräche

Trotz andauernder Spannungen wollen Israelis und Palästinenser eine Woche nach dem Angriff auf Gaza, der

14 Zivilisten das Leben kostete, ihre Gespräche auf Ministerebene wieder aufnehmen. Wie ein Palästinenservertreter mitteilte, wollten sich die Finanzminister Silvan Schalom und Sa-

lam Fajad am Montag treffen. US-Aussenminister Colin Powell kündigte indes an, nach seiner Rückkehr von seiner Asien-Reise Anfang August eine Palästinenser-Delegation zu empfangen. Powell will mit den Palästinensern Gespräche über die Reform der Sicherheitskräfte in Washington führen. Die US-Regierung hatte die Einrichtung eines provisorischen Palästinenser-Staates unter anderem von der Neuordnung und Straffung der Sicherheitsdienste abhängig gemacht.

Mädchen erschossen

Bei Zusammenstössen mit Palästinensern erschossen israelische Siedler in der Stadt Hebron nach Angaben von Anwohnern ein 14-jähriges palästinensisches Mädchen. Mindestens sieben andere Menschen wurden verletzt. Zu den Zusammenstössen kam es bei dem Trauerzug für einen am Freitag getöteten Siedler. Nach palästinensischer Darstellung verwüsteten die aufgebrachten Trauergäste palästinensische Häuser. Nach Angaben von Radio Israel kam es zu den Zusammenstössen, als Palästinenser den Trauerzug mit Steinen bewarfen. Bei dem Hinterhalt am Freitag waren insgesamt vier Siedler erschossen worden. Die Suche der israelischen Armee nach den Mördern blieb bislang erfolglos.

Rücktritt Levys

JERUSALEM: Der israelische Minister ohne Geschäftsbereich David Levy hat am Sonntag laut Fernsehberichten seinen Rücktritt eingereicht. Mit dem Schritt will der Minister gegen die Haushaltspolitik der Regierung protestieren. Geplante drastische Haushaltskürzungen würden sozial schwache Israelis «in bittere Armut treiben», zitierte das israelische Fernsehen aus dem Rücktrittsschreiben an Ministerpräsident Ariel Scharon. Zudem beklagte Levy demnach den Regierungsstil Scharons. Das Kabinett sei nicht mehr der Ort, in dem Regierungsentscheidungen getroffen würden. Der ehemalige Aussenminister Levy gehört der Gescher-Partei an, die über drei Abgeordnete im 120-sitzigen Parlament verfügt.

Keine Folgen

PRAG: Die Festnahme des früheren Prager Spitzendiplomaten Karel Srba im Zusammenhang mit einem Mordkomplott gegen eine Journalistin bleibt für den künftigen Leiter der UNO-Vollversammlung, den Tschechen Jan Kavan, vorerst folgenlos. Srba war bis März 2001 Mitarbeiter von Kavan, der damals Aussenminister war. Es gebe keinen Grund, warum Kavan wegen der geplanten Ermordung der Redakteurin Sabina Slonkova persönliche Konsequenzen ziehen müsse, sagte Ministerpräsident Vladimir Spidla nach einem Treffen mit Kavan. Präsident Vaclav Havel hatte Kavan unlängst nahe gelegt, das einjährige Amt im September nicht anzutreten.

Luftangriff im Südirak

Kampfflugzeuge der USA und GB im Einsatz

BAGDAD: Kampfflugzeuge der USA und Grossbritanniens haben am Sonntag nach Angaben Iraks Ziele im Süden des Landes beschossen. Berichte über Schäden oder Opfer lagen nicht vor.

Die britischen und amerikanischen Kampffjets hätten etwa 20 Einsätze gegen zivile Einrichtungen und Stützpunkte der Armee in der Provinz Wasit geflogen, zitierte die amtliche irakische Nachrichtenagentur inaA einen Militärsprecher. Nach dem Beschuss durch die irakische Luftabwehr seien die Kampffjets zu ihren Basen in Kuwait zurückgekehrt. Eine Stellungnahme Grossbritanniens und der USA lag zunächst nicht vor. Die Flugzeuge der Alliierten patrouillieren in den von den USA festgelegten Flugverbotszo-

nen im Norden und Süden Iraks. Die Zonen waren nach dem Ende des Golfkrieges 1991 eingerichtet worden, um oppositionelle Schiiten im Süden und Kurden im Norden des Landes vor dem Zugriff des irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu schützen.

Bereits in der vergangenen Woche hatten Kampfflugzeuge der USA und Grossbritanniens Ziele im Süden Iraks beschossen. Dabei wurden nach Angaben der Regierung in Bagdad ein Mensch getötet und 22 verletzt. US-Präsident George W. Bush bezeichnet den Irak zusammen mit Iran und Nordkorea als «Achse des Bösen». Zuletzt erklärte er, den Sturz Saddams mit allen Mitteln betreiben zu wollen. Die USA werfen ihm vor, nach Massenvernichtungswaffen zu streben.

Ecevit gibt noch nicht auf

Türkischer Ministerpräsident will Wahlen verzögern

ANKARA: Der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit hat am Sonntag einen letzten Versuch unternommen, den Termin für vorgezogene Neuwahlen hinauszuzögern.

Einen Tag vor der Abstimmung im Parlament über den Termin im November traf er sich am Sonntag mit dem Chef der Koalitionspartei der Nationalisten, Devlet Bahçeli, um ihn von einer späteren Wahl zu überzeugen. Bahçeli hat jedoch bislang entschlossen auf einen vorgezogenen Termin gedrungen und erklärt, nur so könne der politische Stillstand seit Ecevits Erkrankung im Mai beendet werden. Die Nationalisten drohten auch mit dem Verlassen der Koalition, sollten die Wahlen nicht wie vereinbart stattfinden. Am Montag ist eine Sondersit-

zung des Parlaments anberaunt, in der die Abgeordneten über die Wahl abstimmen sollen. Ecevit hatte der vorgezogenen Neuwahl unter dem Druck der Koalitionspartner zwar zögernd zugestimmt, aber weiter versucht, den Termin doch noch auf nächstes Jahr zu verschieben. Der 77-Jährige begründet seinen Widerstand damit, dass Wahlen schon im November der türkischen Wirtschaft und den geplanten Reformen schaden würden. Wichtige Gesetzesänderungen, die auch den Weg in die Europäische Union ebnen sollen, würden sich durch den Wahlkampf verzögern. Die Türkei muss die von der EU angemahnten Reformen noch vor dem im Dezember stattfindenden Gipfel der Union beschliessen. Dort soll über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden werden.

Landminenkampf

KABUL: Die afghanische Übergangsregierung hat den Landminen den Kampf angesagt. Präsident Hamid Karsai eröffnete am Sonntag in Kabul eine viertägige Anti-Minen-Konferenz. Es werde noch mindestens sieben Jahre dauern, bis Afghanistan von Minen gesäubert sei, sagte Karsai unter Berufung auf Experten. Nach Schätzungen gehört Afghanistan mit rund zehn Millionen Minen zu den am meisten verseuchten Ländern der Welt. Huete will das Kabinett zudem über den Beitritt zur Ottawa-Konvention zur Ächtung von Landminen beraten. Dem Abkommen von 1999 sind bislang 143 Staaten beigetreten. Es verbietet die Herstellung, Lagerung, den Handel und Einsatz von Minen. Jährlich werden rund 25 000 Menschen durch Minen getötet oder verletzt. Weltweit sind zwischen einhundert und 250 Millionen Minen vergraben.

Papst verurteilt Missbrauch

Weltjugendtreffen in Kanada beendet

TORONTO: Die Fälle sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche hat Papst Johannes Paul II. auf dem Weltjugendtreffen in Kanada als beschämende Sünden verurteilt. Zugleich rief er die mehr als eine halbe Million Jugendlichen bei der Abschlussmesse am Sonntag auf, weiter zur Kirche zu stehen und sich nicht von den Verfehlungen Einzelner beirren zu lassen.

Die Skandale um pädophile Priester in mehreren Ländern hätten Trauer und Beschämung hervorgerufen, sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche bei dem Gottesdienst nahe Toronto. Aber von den Verfehlungen einiger dürften sich die Gläubigen nicht entmutigen lassen. Die weitaus meisten Priester und Ordensleute seien entschlossen zum Guten, betonte der Papst. «Unterstützt sie», rief er den Jugendlichen zu.

Spirituelle Dimension

Viele der rund 500.000 Gläubigen hatten über Nacht am Ort des Gottesdienstes ausgeharrt, wo bereits am Vortag ein mehrstündiges Abendgebet gehalten wurde. Johannes Paul II. rief dabei die Jugendlichen auf, eine neue Kultur der Freiheit, des Friedens und der Liebe zu entwickeln. Der Papst ermahnte die Gläubigen auch, ange-

sichts der technologischen Fortschritte die spirituelle Dimension im Leben nicht zu vernachlässigen. Was geschehe, wenn Feindseligkeit und Hass die Oberhand gewinnen, habe «der schreckliche Terroranschlag auf New York» gezeigt. Deshalb müssten die Menschen lernen, «Stein für Stein die Stadt Gottes innerhalb der Stadt der Menschen zu bauen».

Ministerpräsident anwesend

Der Papst sprach in den beiden Landessprachen Englisch und Französisch von einer riesigen Bühne unter einem 48 Meter hohen Kreuz zu den Gläubigen, das kilometerweit zu sehen war. Viele der Teilnehmer hielten Kerzen in der Hand. Anwesend war auch der kanadische Ministerpräsident Jean Chretien, mit dem der Papst zuvor zusammengekommen war.

Es war einer der wenigen offiziellen Termine Johannes Pauls während seines Besuchs in Kanada. In Wadowice, der polnischen Heimatstadt des Papstes, verfolgten zahlreiche Jugendliche das Abendgebet auf einer riesigen Leinwand. Mehrere zehntausend Menschen hatten am Freitag eine Prozession durch die Strassen Torontos verfolgt. Der nächste Weltjugendtag der katholischen Kirche ist 2005 in Köln geplant.

Schwitzen und sparen

Wenn das Thermometer 28° oder mehr anzeigt, rufen Sie uns sofort an und Sie erhalten auf Ihre neu gebuchte Werbeeinschaltung die gemessene Tagestemperatur als Rabattsatz.

Beispiel:
33° = 33% (Quelle: www.metroschwitz.ch)

Summerhit '2
15. Juli bis 15. August 2002

Liechtensteiner Volksblatt
Feldkircher Strasse 5
9497 Schaan
Telefon 23 21 51
Bürozeiten beachten

Davon ausgeschlossen sind bestehende Inertionsaufträge für die Tageszeitung sowie im Magazin SOFA. Aufträge dieser Aktion sind nicht zusätzlich rabattfähig.